



Niederschrift 17. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Dienstag, 23.03.2010
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:15 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Raum 1.077, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Hella Drohla	DIE LINKE	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	
Frau Dr. Manja Orlowski	SPD	Leitung der Sitzung
Herr Andreas Menzel	Grüne/B90	
Frau Martina Engel-Fürstberger	FDP	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Jutta Busch	SPD	Teilnahme für Herrn Klamke
------------------	-----	----------------------------

sachkundige Einwohner

Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU
Frau Sabine Bittrich	Migrantenbeirat
Herr Florian Engels	SPD
Frau Beate Kruczek	FDP
Herr Karl Ofcsarik	SPD
Herr Frank Prinz-Schubert	Die Andere
Frau Inge Stab	Grüne/B90

Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski	Beigeordnete
------------------------------	--------------

Gast

Frau Josefine Ewers	FB Schule und Sport
Herr Bogel-Meyhöfer	Staatliches Schulamt
Herr Bernd Richter	KIS
Frau Dr. Carola Gnadt	SL Humboldt- Gymnasium
Frau Elvira Eichelbaum	SL Grundschule am Priesterweg
Frau Betti Bendyk	SL Zeppelin- Grundschule
Frau Angela Frevert	Kreisschulbeirat
Herr Jan Krech	Behindertenbeirat

Frau Sabine Zilz	Elternsprecherin Zep- pelin-Grundschule
Frau Heike Lupuleak	Musikschule
Herr Karl Hildebrandt	MAZ
Frau Gudrun Wildgrube	Ausschussbetreuerin

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Michael Schröder	CDU	Entschuldigt
-----------------------	-----	--------------

Ausschussmitglieder

Herr Volker Klamke	SPD	Entschuldigt
--------------------	-----	--------------

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU	Entschuldigt
------------------------	-----	--------------

sachkundige Einwohner

Herr Dr. Alexander Steinicke	DIE LINKE	Entschuldigt
Herr Sven Stolpe	DIE LINKE	Unentschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.02.2010 und 09.03.2010 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Vorstellung des Stützpunktes der Begabtenförderung
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 4.1 Potsdamer Gesamtschulkapazitäten bedarfsgerecht gestalten
Vorlage: 09/SVV/1165
Fraktion DIE LINKE
 - 4.2 Planung Campus Haeckelstraße
Vorlage: 10/SVV/0157
Fraktion DIE LINKE
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
 - 5.1 Information gem. Beschluss der Sitzung am 23.02.2010 zu TOP 4.5 "Einführung Genderbudgeting"
Mitteilungsvorlage 10/SVV/0092
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die stellvertretende Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.02.2010 und 09.03.2010 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

Frau Dr. Orlowski stellt die fristgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Die Niederschriften der Sitzungen vom 23.02.2010 und 09.03.2010 werden in der vorliegenden Fassung bestätigt.

Frau Dr. Magdowski stellt Frau Lupuleak als neue kommissarische Leiterin der Städtischen Musikschule vor.

Frau Dr. Orlowski fragt nach Änderungswünschen zur vorliegenden Tagesordnung.

Frau Engel-Fürstberger hätte unter TOP Sonstiges gern Auskunft zu den Vergabekriterien beim Treffpunkt Freizeit und bittet darum, den angesetzten Termin 30.03.2010 für die AG Lernen vor Ort neu abzustimmen.

Frau Drohla beantragt Rederecht für Frau Bendyk, Schulleiterin der Zeppelin-Grundschule, zu TOP 4.2. Außerdem bittet sie um Auskunft zu ihrer Frage aus der letzten Sitzung bezüglich Unterrichtsausfall.

Herr Menzel bittet unter TOP Sonstiges um einen Bericht zum Küchenanbau an der Grundschule in Groß Glienicke und möchte wissen, inwieweit die VV-Schulbetrieb bezüglich der Platzbedarfe an Potsdamer Schulen eingehalten werde.

Gegen den Antrag auf Rederecht gibt es keine Einwände.
Die Ausschussmitglieder stimmen der unter TOP Sonstiges erweiterten Tagesordnung zu.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt den Niederschriften der Sitzungen vom 23.02.2010 und 09.03.2010 in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis: keine Gegenstimmen

zu 3 **Vorstellung des Stützpunktes der Begabtenförderung**

Frau Dr. Gnadt führt aus, dass Sie und Frau Eichelbaum nicht als Schulleiterinnen gekommen seien, sondern als Mitarbeiterinnen des Stützpunktes für Begabtenförderung am Staatlichen Schulamt Brandenburg an der Havel. Im Land Brandenburg gebe es 6 Stützpunkte. Potsdam sei der einzige Stützpunkt, der eine Grundschule und eine weiterführende Schule als gleichberechtigte Partner integriere. Der Begabtenstützpunkt leiste Hilfe unabhängig vom Schultyp.

Frau Eichelbaum informiert über die Arbeit des Stützpunktes der Begabungsför-

derung. Der Stützpunkt werde von ca. 70 % Eltern und 30 % Lehrkräften aufgesucht.

Frau Dr. Gnad ergänzt, dass Weiterbildungen für Lehrkräfte angeboten werden und Dienstags Beratungstage seien. Mit der Niederschrift erhalten die Ausschussmitglieder einen Flyer, welcher die Beratungsangebote enthält.

Die Ausschussmitglieder stellen Fragen, die beantwortet werden.

Frau Dr. Orlowski dankt für die Einblicke in die Arbeit des Stützpunktes für Begabtenförderung.

zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 4.1 **Potsdamer Gesamtschulkapazitäten bedarfsgerecht gestalten** **Vorlage: 09/SVV/1165**

Herr Wollenberg bringt folgenden neuen Antrag ein.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, wegen der erneut stark über den Kapazitäten liegenden Erstwünsche nach Gesamtschulplätzen:

1.) sicherzustellen, dass die geplante weiterführende Schule im Potsdamer Norden als Gesamtschule eröffnet wird.

2.) für den Zeitraum bis zur Eröffnung der neuen Gesamtschule zu prüfen, wie die hohe Nachfrage der Potsdamer Eltern nach Gesamtschulplätzen befriedigt werden kann. Dazu sollen vorhandene Raum- und Schülerkapazitäten der Schulen festgestellt und mit dem Anwahlverhalten in Erst- und Zweitwünschen abgeglichen werden. Wenn sich daraus ein Bedarf über die geplanten Kapazitäten hinaus ergibt, ist mit den Leitern der Potsdamer Gesamtschulen zu beraten, wie eine vorübergehende Erhöhung der Kapazitäten beginnend ab dem Schuljahr 2010/11, ggf. im Rahmen von Filiallösungen realisiert werden kann. Daraus ggf. entstehende zusätzliche Züge sind mit Eröffnung der neuen Gesamtschule im Potsdamer Norden in diese Schule zu überführen. Die Einrichtung von Filialen wird zeitlich bis zur Eröffnung dieser neuen Schule begrenzt.

3.) im Rahmen einer ständigen Analyse des Anwahlverhaltens flexibel sicherzustellen, dass bedarfsgerechte Platzkapazitäten in den Potsdamer Gesamtschulen zur Verfügung stehen.

Dem Bildungsausschuss ist dazu in seiner Sitzung im Juni 2010 Bericht zu erstatten.

Er begründet den Antrag damit, dass die Nachfrage nach Gesamtschulplätzen im vergangenen wie auch im laufenden Schuljahr insbesondere an der Voltaire- und Lenné-Schule, aber auch insgesamt deutlich über den vorhandenen Kapazitäten lag. Dem sei mit einer ggf. auch vorübergehenden Kapazitätserweiterung flexibel Rechnung zu tragen, da dem Elternwunsch oberste Priorität bei der Schulwahl einzuräumen ist. Es sei sicherzustellen, dass jeder Schüler einen Platz in der gewählten Schulform erhalte.

Frau Dr. Orlowski erklärt, sie habe die Idee, eine Filiallösung zu prüfen, zur Diskussion gestellt. Die SPD-Fraktion werde keinen Antrag über die Köpfe der Schulleiter der Gesamtschulen Lenné und Voltaire hinweg treffen. Beide Schulleiter warnen vor einer Filiallösung, weil der hohe organisatorische Aufwand für Lehrer und Schüler nicht handhabbar sei. Die SPD-Fraktion werde deshalb dem Teil Filiallösung nicht zustimmen.

Herr Ofcsarik fragt nach dem Verhältnis überangewählter Gesamtschulen und

Oberschulen.

Herr Bogel-Meyhöfer verweist auf die Pressemitteilung zur Anwahl der Schulen. Bei Gymnasien betrage das Kapazitätsangebot 16 Klassen. Im Erstwunsch gebe es Anmeldungen für knapp 15 Klassen. Damit seien 1 bis 1,5 Klassen an Gymnasien noch nicht angewählt worden. Bei Gesamtschulen (ohne Sportschule) sei das Kapazitätsangebot 13 Klassen. Die Anwahl liege bei ca. 20 Klassen, d.h. Überanwahl von 7 Klassen. Die Montessorioberschule wurde innerhalb ihrer Kapazität angewählt. Für die übrigen Oberschulen werde eine Kapazität von 10 Klassen angeboten, wovon ca. 6 Klassen angewählt wurden, d.h. 4 Klassen freie Kapazität. Die Erfahrung aus den vergangenen Jahren zeige, dass es noch eine Reihe Eltern gebe, die sich an städtischen und an freien Schulen angemeldet haben. Das Ergebnis des Auswahlverfahrens sei abzuwarten. Man gehe davon aus, dass die Gymnasialplätze an den städtischen Schulen aufgefüllt werden. Überhänge werden in Schulen freier Träger abwandern. Schüler, die keine Berechtigung zum Besuch der gymnasialen Oberstufe hätten seien Schüler für die Oberschulen, so dass in Potsdam ausreichend Kapazität vorhanden sei. Außerdem seien im Erstwunsch noch Schüler aus Potsdam-Mittelmark angemeldet, die im Zweitwunsch sicher in eine Schule des Heimatkreises gingen.

Frau Engel-Fürstberger teilt diese optimistische Ansicht nicht. Eine Familie, die nach Potsdam zugezogen sei, hatte erhebliche Schwierigkeiten, für ihre beiden Kinder einen Schulplatz zu bekommen, weil die weiterführenden Schulen in Potsdam sehr voll seien. Man sollte dem entgegen wirken und für Zuzüge Kapazitäten zur Verfügung stellen.

Herr Bogel-Meyhöfer verweist darauf, dass nicht das Staatliche Schulamt, sondern die Stadtverordneten die Anzahl der Klassen an Gymnasien und Gesamtschulen festlegen. Außerdem sei man durch das Schulgesetz gezwungen, alle Schulplätze der Schulen, die übernachgefragt seien, zu vergeben, wenn Elternwünsche da seien. Dazu gebe es eine entsprechende Rechtsprechung.

Herr Menzel möchte wissen, ob Kinder, die nicht in Potsdam wohnen, ein Anrecht auf einen Schulplatz in Potsdam haben.

Herr Bogel-Meyhöfer informiert, dass jeder Schüler, der geeignet sei, einen Anspruch habe.

Herr Wollenberg erklärt, es sei klar, dass eine Filiallösung die schlechteste Variante sei. Deshalb habe man einen Prüfauftrag formuliert. Eltern dürften nicht genötigt sein, ihr Kind mit einer Empfehlung für die Allgemeine Hochschulreife an eine freie Schule oder eine Oberschule zu schicken.

Herr Bogel-Meyhöfer verweist darauf, dass an der Steuben-Gesamtschule eine Aufnahme möglich sei.

Frau Dr. Orlowski erklärt, man könne auch mit entsprechender Befähigung von der Oberschule eine gymnasiale Oberstufe besuchen. Diese Schulform habe ebenfalls ihre Berechtigung. Sie habe es in Potsdam schwer, weil es die starken Gesamtschulen gebe. Entsprechende Möglichkeiten habe man mit der Schulentwicklungsplanung geschaffen. Ab 2013 könne und solle ggf. eine gymnasiale Oberstufe am OSZ II eingerichtet werden. Das Goethe-Gymnasium sei im Erstwunsch von 7 Schülern angewählt worden. Sie fragt, wie die Zuweisung erfolge.

Herr Bogel-Meyhöfer informiert, dass zur Zeit der Erstwunsch, danach der

Zweitwunsch geprüft werde. Die Eltern von Schülern, deren im Erst- und Zweitwunsch nicht erfüllt werden, erhalten eine Liste mit allen freien Schulplätzen und können auswählen.

Frau Dr. Magdowski bedankt sich für die ruhige und sachliche Diskussion. Man sei daran interessiert, dass der Elternwille berücksichtigt werde. Sie regt an, eine Befragung der Eltern durchzuführen, die eine Gesamtschule angewählt haben. Die Diskussion zur Schulform der weiterführenden Schule im Bornstedter Feld bittet sie heute nicht abschließend zu führen. Auf Grundlage der aktuellen Prognose der Bevölkerungsentwicklung für das Bornstedter Feld seien 5 Züge in der Sek I und 3-4 Züge in der Sek II entwicklungsbedingt begründet. Seitens des Entwicklungsträgers werde nur der Bedarf anerkannt, der aus dem Einzugsgebiet resultiere, so dass es noch Abstimmungsbedarf gebe. Man sollte das Auswahlverfahren zu Ü-7 abwarten und dann sehen, wie man mit dem Thema umgehe.

Frau Drohla erklärt, dass die Gesamtschule von Eltern bewusst angenommen werde.

Herr Menzel spricht sich für die Elternbefragung aus. In der Gesamtschule können Schüler das Abitur in 13 Jahren ablegen. Es gebe Eltern, die Angst hätten, dass ihre Kinder mit dem 12-jährigen Abitur überfordert seien. Insofern könne er nachvollziehen, wenn Kinder nicht an ein Gymnasium geschickt werden. Er möchte außerdem wissen, wie viele Schüler der aus dem Jahrgang 10 der Oberschule tatsächlich in der gymnasialen Oberstufen ankommen.

Herr Bogel-Meyhöfer nimmt diese Frage mit.

Herr Ziebarth verweist auf die gewachsene Entstehung der Schulformen nach 1990. Es sei ein Fehler gewesen, Realschulen in Oberschulen umzuwandeln. Im Land Brandenburg habe man eine hohe Gymnasialquote und niedrige Studienquoten. Die Eltern müssten aufgeklärt werden.

Frau Dr. Magdowski meint, es sei zu früh, um über eine Schulform für die weiterführende Schule im Bornstedter Feld zu sprechen.

Herr Wollenberg erklärt sich seitens des Antragstellers bereit, Punkt 1 zurückzustellen. Punkt 2 des Antrages wolle er aufrechterhalten. In Punkt 3 könne die Befragung der Eltern aufgenommen werden.

Frau Engel- Fürstberger bringt folgenden **Ergänzungsantrag** ein: *Es ist eine Befragung unter den Bewerbern der Gesamtschulen im Erstwunsch durchzuführen.*

Frau Dr. Magdowski erklärt, dass der Fachbereich Schule und Sport die Befragung nicht leisten könne. Andererseits dürfe man keine Zeit verlieren, weil man eine weiterführende Schule im Bornstedter Feld brauche.

Frau Ewers informiert, dass man 531 Elternhäuser befragen müsse. Der Antrag sollte spezifizieren, wann die Befragung abgeschlossen sein soll.

Frau Dr. Orlowski fragt, welchen Zeitpunkt man im Antrag aufnehmen wolle.

Herr Wollenberg sieht kein Problem darin beim benannten Termin, Juni 2010, zu bleiben.

Frau Dr. Magdowski kann den Termin Juni nicht zusagen.

Frau Dr. Orlowski schlägt vor, die Punkte des geänderten Antragstextes getrennt abstimmen.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, wegen der erneut stark über den Kapazitäten liegenden Erstwünsche nach Gesamtschulplätzen:

1.) für den Zeitraum bis zur Eröffnung der neuen Gesamtschule zu prüfen, wie die hohe Nachfrage der Potsdamer Eltern nach Gesamtschulplätzen befriedigt werden kann. Dazu sollen vorhandene Raum- und Schülerkapazitäten der Schulen festgestellt und mit dem Anwahlverhalten in Erst- und Zweitwünschen abgeglichen werden. Wenn sich daraus ein Bedarf über die geplanten Kapazitäten hinaus ergibt, ist mit den Leitern der Potsdamer Gesamtschulen zu beraten, wie eine vorübergehende Erhöhung der Kapazitäten beginnend ab dem Schuljahr 2010/11, ggf. im Rahmen von Filiallösungen realisiert werden kann. Daraus ggf. entstehende zusätzliche Züge sind mit Eröffnung der neuen Gesamtschule im Potsdamer Norden in diese Schule zu überführen. Die Einrichtung von Filialen wird zeitlich bis zur Eröffnung dieser neuen Schule begrenzt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	1

2.) im Rahmen einer ständigen Analyse des Anwahlverhaltens flexibel sicherzustellen, dass bedarfsgerechte Platzkapazitäten in den Potsdamer Gesamtschulen zur Verfügung stehen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	0

Punkt 2 des Antrages wird abgelehnt.

3) Dazu ist eine Befragung unter den Bewerbern für eine Gesamtschule im Erstwunsch durchzuführen, die Aufschluss über die Beweggründe bringen soll. Dem Bildungsausschuss ist dazu in seiner Sitzung im September 2010 Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

Der Ausschuss für Bildung und Sport beschließt die DS 09/SVV/1165 in geänderter Fassung.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, wegen der erneut stark über den Kapazitäten liegenden Erstwünsche nach Gesamtschulplätzen:

1.) für den Zeitraum bis zur Eröffnung der neuen Gesamtschule zu prüfen, wie die hohe Nachfrage der Potsdamer Eltern nach Gesamtschulplätzen befriedigt werden kann. Dazu sollen vorhandene Raum- und Schülerkapazitäten der Schulen festgestellt und mit dem Anwahlverhalten in Erst- und

Zweitwünschen abgeglichen werden. Wenn sich daraus ein Bedarf über die geplanten Kapazitäten hinaus ergibt, ist mit den Leitern der Potsdamer Gesamtschulen zu beraten, wie eine vorübergehende Erhöhung der Kapazitäten beginnend ab dem Schuljahr 2010/11, ggf. im Rahmen von Filiallösungen realisiert werden kann. Daraus ggf. entstehende zusätzliche Züge sind mit Eröffnung der neuen Gesamtschule im Potsdamer Norden in diese Schule zu überführen. Die Einrichtung von Filialen wird zeitlich bis zur Eröffnung dieser neuen Schule begrenzt.

2) Dazu ist eine Befragung unter den Bewerbern für eine Gesamtschule im Erstwunsch durchzuführen, die Aufschluss über die Beweggründe bringen soll.

Dem Bildungsausschuss ist dazu in seiner Sitzung im September 2010 Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis zu 1):

Zustimmung:	3
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	1

Abstimmungsergebnis zu 2):

Zustimmung:	6
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

zu 4.2 Planung Campus Haeckelstraße
Vorlage: 10/SVV/0157

Frau Bendyk erhält Rederecht. Sie führt aus, dass es sich um sehr umfassende Baumaßnahmen handelt, die in das Schulleben eingreifen. Probleme sieht sie bei der Umsetzung des Schulgartens sowie für die Spiel- und Sportflächen der Kinder. Die Schule wünsche sich konkrete Absprachen und Ansprechpartner.

Frau Drohla bringt den Antrag ein. Die bisherige Standortplanung berücksichtige die bisherige Entwicklung nur unzureichend. Der Schulgarten sei eine gewachsene Anlage, die man nicht einfach wegbaggern könne. Ziel des Antrages sei es, gegenwärtige und zukünftige Nutzer umfassend zu beteiligen.

Herr Richter informiert, dass das Standortkonzept zum Schul- und Kitastandort Haeckelstraße zur Zeit erarbeitet werde. Im Januar wurde der Entwurf der Elternkonferenz der Zeppelin-Grundschule vorgestellt. Die Fläche des bestehenden Schulgartens könne in ihrer bisherigen Nutzung leider nicht erhalten werden, da auf dieser Fläche der Neubau der Kita errichtet werde. Das Standortkonzept sehe aber die Einordnung von Schulgartenflächen auf dem Grundstück vor. Eine Sicherung der vorhandenen Bepflanzung zur Wiederverwendung werde angestrebt. Die detaillierte Planung der Spiel- und Bewegungsflächen erfolge im Zuge der Entwurfsplanung der Außenanlagen und sei nicht Bestandteil der Erstellung des Standortkonzeptes. Die Einordnung und Ausstattung von Spielplatzflächen werde entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen erfolgen. Die Bemessung der Freiflächen erfolge auf der Grundlage der Raumprogrammempfehlungen des MBS für Grundschulen und Gymnasien. Die Detailplanung für den Standort sei noch zu entwickeln. Die verwaltungsinterne Abstimmung zwischen den Fachbereichen Kinder, Jugend und Familie sowie Schule und Sport und dem KIS sei erfolgt. Weitere Planungsschritte werden mit der Schule abgestimmt.

Frau Dr. Orlowski bemerkt, dass die geplante Kita 70 Plätze zu wenig habe.

Herr Richter erklärt, dass die Baugenehmigung erteilt und die Ausschreibung erfolgt sei.

Herr Wollenberg versteht nicht, dass an diesem Standort ein zweigeschossiger Bau für die Kita abgelehnt werde, wo in der Waldstadt gerade ein entsprechender Bau entstehe. Die Hortkapazität für eine 3-zügige Grundschule reiche nicht aus. Man baue eine Kita, die dem Bedarf nicht entspreche.

Frau Engel-Fürstberger fragt, ob ein Tausch der Nutzung möglich sei, zum Beispiel mit dem Hort in der Knobelsdorfstraße.

Frau Dr. Magdowki verweist auf die Zweckbindung der KP II Mittel.

Herr Richter meint, eine Prüfung wäre vorstellbar. Dies wäre ein Prüfauftrag an den Fachbereich Kinder, Jugend und Familie. Der KIS habe die Aufgabe bekommen, mit KP II Mitteln die für den Jugendbereich waren, maximale Platzkapazitäten zu schaffen.

Frau Engel-Fürstberger schlägt vor einen **Prüfauftrag** zu erteilen, ob die am Standort Haeckelstraße geplante Kita als Hort und der jetzige Hort Knobelsdorfstraße als Kita genutzt werden könne.

Frau Drohla verweist auf Punkt 1 des Antrages, an dem man festhalten wolle.

Frau Ewers erklärt, dass es sich bisher nur um Entwicklungsplanung handelte. In die weitere Planung werden die Schule und die anderen Nutzer einbezogen.

Frau Dr. Orlowski schlägt vor, **Punkt 1 des Antrages** wie folgt zu **erweitern**:
bzw. geeignete Flächen in Absprache mit der dort anwesenden Grundschule auszuweisen.

Der Antragsteller ist mit der Erweiterung des Antrages zu Punkt 1 einverstanden.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Standortkonzept "Campus Haeckelstraße" mit folgenden Zielen zu überarbeiten:

- 1. Die Fläche des bestehenden Schulgartens möglichst umfassend in ihrer bisherigen Nutzung zu erhalten bzw. geeignete Flächen in Absprache mit der dort anwesenden Grundschule auszuweisen.**
- 2. Zu gewährleisten, dass den Grundschulern auch weiterhin ein Spielplatz mit entsprechender Spielgeräteausrüstung zur Verfügung steht.**
- 3. Ein ausgewogenes Verhältnis der Freiflächen zwischen Grund- und weiterführender Schule herzustellen, das insbesondere dem höheren Bewegungsdrang jüngerer Schüler Rechnung trägt.**

Bei der Überarbeitung des Standortkonzepts sind die gegenwärtigen und zukünftigen Nutzer umfassend zu beteiligen. Der SVV ist in ihrer Sitzung im Juni 2010 Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 1

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung**zu 5.1 Information gem. Beschluss der Sitzung am 23.02.2010 zu TOP 4.5 "Einführung Genderbudgeting"
Mitteilungsvorlage 10/SVV/0092**

Zu diesem TOP war die Teilnahme von Frau Zakrzewski angekündigt, die wegen der Haushaltarbeiten nicht kommen konnte.

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur Sitzung am 27.04.2010 zurückgestellt.

zu 6 Sonstiges

Frau Engel-Fürstberger bittet um Auskunft zu den Vergabekriterien beim Treffpunkt Freizeit. Dort gebe es eine Turnhalle. Da Mangel an Turnhallenkapazitäten bestehe fragt sie, ob man sich im Bildungsausschuss damit beschäftigen könne. Außerdem bittet sie darum, den Termin für die AG Lernen vor Ort zu verlegen.

Frau Dr. Orlowski spricht sich dafür aus, den Treffpunkt Freizeit im Jugendhilfeausschuss zu belassen.

Herr Menzel fragt, ob man die Turnhalle für Schulzwecke nutzen könne.

Frau Kruczek informiert, dass die Turnhalle sehr klein sei. Sie sei für Kleinkinder Erwachsene und Rentner ausgenutzt.

Frau Dr. Orlowski stellt fest, dass sie den Beschluss zur Kommunalen Verantwortung für Bildung mit auf den Weg gebracht habe und nicht in die AG eingeladen sei.

Frau Ewers erklärt, dass der Fachbereich Schule und Sport die Federführung habe. Es seien 20 Teilnehmer aus dem Bildungs- und Jugendbereich eingeladen worden, wobei nicht alle Teilnehmer terminlich befragt werden konnten. In der AG seien alle Fraktionen vertreten.

Frau Frevert erklärt, dass auch der Kreisschulbeirat keine Einladung bekommen habe.

Frau Engel-Fürstberger hält den angesetzten Termin für ungünstig, weil es der letzte Schultag vor den Osterferien sei.

Frau Dr. Magdowski meint, man müsse Konsens haben und den Termin mit den Fraktionen abstimmen.

Frau Ewers gibt zu bedenken, dass sie im Mai im Ausschuss für Bildung und Sport und im Jugendhilfeausschuss berichten solle.

Da aus der Mitte des Ausschusses für Bildung und Sport angemerkt werde, dass es ein unglücklicher Termin sei, schlägt Frau Dr. Magdowski vor, zu einem späteren Termin zu berichten und den Fraktionen Vorschlagsrecht

für die Teilnahme an der AG Lernen vor Ort einzuräumen.

Frau Drohla erklärt das Einverständnis für den Antragsteller.

Herr Menzel bittet um einen Sachstand zum Küchenanbau an der Grundschule in Groß Glienicke durch einen freien Kita Träger.

Herr Richter informiert, dass dem Ortsbeirat Groß Glienicke das Projekt vorgestellt worden sei. Der Kita Träger habe den Wunsch geäußert, eine an anderem Standort aufzugebende Küche zu errichten. Dieser werde vom Fachbereich Kinder, Jugend und Familie unterstützt. Zur Zeit gebe es Gespräche des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie mit dem Träger. Es gebe noch kein abschließendes Ergebnis.

Frau Drohla bittet um Auskunft zu den Ausfallstunden an der Fontane-Oberschule. Zum Zeitpunkt ihrer Fragestellung in der letzten Sitzung habe sie nicht gewusst, dass man sich auf Landesebene mit dem Problem befasse. Es gehe nicht darum, die Absicherung der Vertretungsstunden durch die Schulen zu kritisieren, sondern eine langfristige Lösung zu finden.

Herr Bogel-Meyhöfer erklärt, dass 3 % Vertretungsbudget angedacht seien. 1 % bleibe im Schulamt und 2 % in den Schulen. Ihm sei noch keine weitere Aussage möglich. Er empfiehlt, die Presseklärung des MBS abzuwarten.

Herr Menzel verweist auf die VV Schulbetrieb, wonach pro Kind 1,7 m² zur Verfügung zu stellen sind. Er möchte wissen, ob dies für Potsdam realisiert sei.

Frau Ewers informiert, dass alle Schulen Typ Erfurt Klassenräume mit ca. 50 m² hätten. Fachkabinette hätten ca. 70 m². Man habe auch Schulen mit deutlich kleineren Räumen. Auf die Raumgrößen reagiere der Fachbereich Schule und Sport auf Antrag der Schule und nach Prüfung durch Reduzierung der Klassenfrequenz.

Dr. Manja Orlowski
Stellv. Ausschussvorsitzende

Gudrun Wildgrube
Ausschussbetreuerin